

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Wirtschaft

## Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am 07.09.2022 im Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Kreistagssaal, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

### Anwesend waren:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Gerhard Kalinka

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlev von der Heide

Herr Carsten Nehues

Frau Dr. Irene Pacholik

Herr Jens Wylegalla

Frau Gertraud Rocher

Herr Uwe Groschwitz

Vertretung für Herrn Robert Trebus

Vertretung für Herrn Max Theilemann

#### Sachkundige Einwohner

Herr Benno Bleifuhs

Herr Tino Seliger

Herr Dr. Manfred Wäsche

### Es fehlten:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Roland Scharp

Herr Helmut Barthel

unentschuldigt

unentschuldigt

#### Sachkundige Einwohner

Herr Thomas Czesky

Frau Annekathrin Loy

Frau Sylke Skalsky

entschuldigt

unentschuldigt

entschuldigt

### Vertreter der Kreisverwaltung

Frau Wehlan, Landrätin

Herr Trebschuh, Leiter des Dezernates IV

Herr Grosenick, Leiter des Straßenverkehrsamtes

Herr Grunert, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Frau Borngräber, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Sachgebietsleiterin  
Arbeitsmarktpolitik

Frau Groß, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

### Gäste

Herr Laubinger, Geschäftsführer der SWFG mbH

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: Uhr

### Tagesordnung:

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Berichterstattung: Ergebnisse der Projekte der Arbeitsmarktpolitik  
Beschlussvorlagen
- 6 Weiterführung des Programms "Gründen in Brandenburg (GIB)" - 6-4838/22-IV  
ehemals regionaler Lotsendienst - in der Förderperiode 2021 - 2027
- 7 Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der Struktur- und Wirt- 6-4843/22-LR  
schafts- förderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH  
um den Bereich der Wirtschaftsförderung mit der Spezialisierung Bio-  
technologie und Biochemie  
Informationsvorlagen
- 8 Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes in der Kreisstadt Lucken- 6-4783/22-IV  
walde

# Öffentlicher Teil

## TOP 1

### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Dr. Kalinka eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, sachkundigen Einwohner und Gäste. Die Tagesordnung wird in vorliegender Form bestätigt.

## TOP 2

### **Einwohnerfragestunde**

Herr Thorsten Lehmann aus Kolzenburg stellt sein Anliegen vor. Er informiert sich regelmäßig auf der Internetseite der Kreisverwaltung Teltow-Fläming über Stellenausschreibungen. Dabei ist ihm aufgefallen, dass meistens hochqualifizierte Stellen ausgeschrieben werden. Er ist interessiert an einer Liste für Stellenausschreibungen mit einfachen Tätigkeiten, die keinen Bachelor oder Master benötigen.

Frau Wehlan informiert, dass die Anforderungen für Stellen im Tarifvertrag geregelt sind. Es werden auch Stellen für den mittleren Verwaltungsdienst gesucht bzw. ausgeschrieben. Sie empfiehlt ihm, jede Woche auf der entsprechenden Seite des Internetauftritts der Kreisverwaltung Teltow-Fläming nachzusehen, da wöchentlich ein neues Bild entsteht.

## TOP 3

### **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Waesche möchte eine Auskunft zum aktuellen Stand bzw. zur Investition der Firma Rosenbauer.

Frau Wehlan berichtet, dass das ordnungsbehördlichen Verfahren mit Abwägung der denkmalschutzrechtlichen Belange läuft. Eine Abrissgenehmigung für das unter Denkmalschutz stehende „Schweitzer Haus“ konnte bisher nicht erteilt werden. Ein entsprechendes Widerspruchsverfahren wird geführt, die Zuständig liegt bei der rechtlichen Bauaufsicht. Bei diesem Widerspruchsverfahren hat die Firma Rosenbauer den Antrag gestellt, das Verfahren anzuhalten.

Herr Nehues fragt nach, ob nicht auch eine pragmatische Lösung im Fall des „Schweitzer Hauses“ möglich ist und ob dem Antragsteller Alternativen aufgezeigt werden.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass jedes ordnungsbehördliche Verfahren auch eine konkrete Einzelfallprüfung vorsieht. Des Weiteren wurden im ordnungsbehördlichen Verfahren seitens der Fa. Rosenbauer Sachverhalte nicht erklärt. Sie wünscht sich eine Klärung mit einem glücklichen Ende.

## TOP 4

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Trebschuh teilt mit, dass in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) am 05.09.2022 die Frage von Herrn Barthel nach dem Breitbandausbau des Loses Ost gestellt wurde. Er möchte - wie im HFA verabredet - diese Beantwortung in der heutigen Sitzung geben und berichtet, dass im Jahre 2016 das Markterkundungsverfahren und 2018 der europaweite Teilnahmewettbewerb sowie im Jahre 2020 die finale Bewilligung der Bundes- und Landesmittel erfolgte. In den beiden Losen des Landkreises Teltow-Fläming sollen gleichwertige Bedingungen herrschen. Das West-Los der Edis.com ist in vollem Gange, das Ost-Los der Deutschen Telekom verzögert sich. Er merkt an, dass der erste Bauabschnitt des Ost-Loses im Mai 2024 beginnen soll. Aktuell wird durch die deutsche Telekom an einer zeitlichen Optimierung gearbeitet.

Frau Wehlan berichtet über die Presseinformation der Kreishandwerkerschaft, die ihr am 07.09.2022 zugegangen ist. In dieser wird der Rückgang von Aufträgen und der Verlust von Arbeitsplätzen beklagt und die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht. Diese Presseinformation wird als Anlage an das Protokoll beigefügt.

Herr Wylegalla äußert seine Sorge zur momentanen Situation im Handwerk, da es aus seiner Sicht große strukturelle Probleme gibt. Er schlägt vor, dass das Thema des Handwerks in einer der nächsten Sitzungen behandelt wird.

Herr Dr. Kalinka bittet zu bedenken, dass es ein Thema auf der Bundesebene ist. Des Weiteren informiert er die Abgeordneten darüber, dass sie auch politische Initiative ergreifen können und Anträge sowie Anregungen auf die Tagesordnung der Einladung setzen lassen können. Dabei ist zu beachten, dass der Landkreis themenbezogen handlungsfähig ist.

Herr Nehues schlägt vor, Informationen bzw. Sachverhalte, die die Probleme im Handwerk betreffen, auf der Kreisebene zusammenzutragen und an die Bundesebene weiter zu geben.

Herr Dr. Kalinka weist darauf hin, dass der Landkreis Teltow-Fläming nicht das richtige Gremium für Änderungen ist, um sich mit bundespolitischen Themen zu befassen. Daher rät er, die Geschäftsführung der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming oder Politiker zur Ausschusssitzung einzuladen.

## TOP 5

### **Berichterstattung: Ergebnisse der Projekte der Arbeitsmarktpolitik**

Frau Borngräber begrüßt die Abgeordneten und Gäste der Sitzung und stellt die Amtsstruktur und die Aufgaben des Sachgebietes Arbeitsmarktpolitik vor. Sie stellt die im Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik in enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Teltow-Fläming umgesetzten bzw. geförderten Programme von 2007 - 2022 vor:

- Regionalbudget I bis V      01.07.2007 – 28.02.2014
- Kommunal-Kombi              01.05.2009 – 31.12.2012
- Arbeit für Brandenburg      01.07.2010 – 31.12.2015
- Bürgerarbeit                  01.01.2011 – 31.12.2014

- Lotsendienst TF 01.10.2012 – 31.10.2022
- Integrationsbegleitung (IB)  
für Langzeitarbeitslose 01.12.2012 – 31.03.2015
- Integrationsbegleitung (IB) 01.08.2015 – 31.01.2018  
plus Familie 01.02.2018 – 31.01.2021
- Integrationsbegleitung (IB) 01.08.2015 – 31.01.2018  
plus Familie 01.02.2021 – 31.08.2022

Im Projekt IB plus Familie besteht das Hauptziel darin, die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden zu erhöhen sowie sie in sv-pflichtige Arbeit oder Bildung zu integrieren. Des Weiteren soll die soziale Situation verbessert und die Kinderarmut gemindert werden. Sie gibt zur Kenntnis, dass im Projekt IB plus Familie vom 01.02.2021 - 31.08.2022 von insgesamt 67 Teilnehmenden (TN) 20 TN in sv-pflichtige Arbeit oder Bildung vermittelt wurden.

Herr Wylegalla fragt nach, welche Tätigkeiten vermittelt werden konnten und ob es einen Unterschied zwischen dem Norden und Süden des Landkreises gibt.

Frau Borngräber antwortet, dass die Teilnehmenden nicht nur Helfertätigkeiten ausüben, sondern z. B. auch in der Pflege arbeiten. Sie führt aus, dass im Projekt IB plus Familie aus dem Norden des Landkreises eine geringere Teilnehmerzahl zu verzeichnen und dort auch die Arbeitslosenquote geringer ist. Die Teilnehmenden aus dem Süden beginnen dann meistens im Norden des Landkreises eine Tätigkeit.

Frau Borngräber berichtet, dass im Projekt des Regionalen Lotsendienstes TF vom 01.01.2018 – 31.10.2022 48 Developmentcenter mit 206 Teilnehmern durchgeführt wurden. Es erfolgten 141 Gründungen bei einer Frauenquote von 56,8 %. Dabei sind 21 Gründungen noch ausstehend.

Abschließend ergänzt Frau Borngräber, dass die umgesetzten Arbeitsförderprogramme im Landkreis die Arbeitslosigkeit und den Fach- und Arbeitskräftemangel senken sowie zur Bekämpfung von Armut beitragen.

Herr Wylegalla stellt die Frage an Frau Borngräber: Wie viele ausstehende Gründungen gibt es?

Frau Borngräber teilt mit, dass im Projekt nach einem Jahr geprüft wird, ob die Gründungen noch existieren bzw. noch auf dem Markt tätig sind. Daher kann geschlussfolgert werden, dass 80 % der Gründungen auch noch nach einem Jahr markttätig waren. Sie konkretisiert, dass es momentan sehr viel Gründungsinteressierte gibt und in den letzten zwei Wochen mehrere Developmentcenter durchgeführt wurden.

Herr Dr. Kalinka möchte wissen, inwieweit sich die Struktur in der Tourismusbranche in den letzten zwei Jahren verändert hat.

Frau Wehlan antwortet, dass 20 % der in der Tourismusbranche beschäftigten Menschen in der Zeit der Pandemie abgewandert sind. Eine entsprechende Rückholung funktioniert leider nicht im Hotel- und Gaststättengewerbe.

## **Beschlussvorlagen**

### **TOP 6**

#### **Weiterführung des Programms "Gründen in Brandenburg (GIB)" - ehemals regionaler Lotsendienst - in der Förderperiode 2021 - 2027 - 6-4838/22-IV**

Frau Borngräber erläutert, dass das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg (MWAE) für die Förderperiode 2021 bis 2027 einen nahtlosen Übergang beabsichtigt. Hierzu wird es ein neues Antragsverfahren geben. Im Juli 2022 gab das MWAE bekannt, dass bis zum 18.09.2022 die Konzepte für eine Vorauswahl bei der ILB einzureichen sind. Sie führt aus, dass ein entsprechendes Konzept für unseren Landkreis zu diesem Zeitpunkt über das Portal der ILB eingereicht wurde.

Nach Votum der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg wird es ab 04.10.2022 eine Aufforderung zum Einreichen des Antrages geben. Frau Borngräber gibt zur Kenntnis, dass im Rahmen der Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns sofort mit der Ausschreibung zur Vergabe von Beratungsleistungen zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen begonnen wird. Nur so können Verzögerungen des Beginns der Beratungen von Gründungswilligen vermieden werden.

Frau Borngräber informiert, dass der Landkreis voraussichtlich für die nächsten drei Projektjahre eine Zuwendung in Höhe von jährlich ca. 187.500,00 € erhält. Damit sollte das Projekt „Gründen in Brandenburg“ für den Landkreis zu 100 % finanziert sein.

### **Abstimmungsergebnis**

**Ja-Stimmen: 7**

**Nein-Stimmen:0**

**Stimmenthaltung: 0**

### **TOP 7**

#### **Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH um den Bereich der Wirtschaftsförderung mit der Spezialisierung Biotechnologie und Biochemie - 6-4843/22-LR**

**Frau Wehlan** informiert, dass im Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig die Vorlage angenommen wurde.

Herr von der Heide merkt an, dass es noch aussteht, ob noch ein weiteres Gründerzentrum errichtet wird. Dies ist noch nicht entschieden. Seiner Meinung nach ist ein neues Gründerzentrum sinnvoll und wirtschaftlich und sollte nicht durch den Gesellschaftsvertrag behindert werden. Er macht den Vorschlag, dass im Gesellschaftsvertrag Paragraph 2, Punkt 1, 2 Satz, hinter dem Wort Zwecke ein Zusatz eingefügt wird: „zu errichten“.

Herr Wylegalla schließt sich dem Vorredner an und richtet seine Frage an den Geschäftsführer der SWFG, Herrn Laubinger: Ist es sinnvoll, diesen Zusatz aufzunehmen?

Herr Laubinger teilt mit, dass der Gesellschaftervertrag einen groben Rahmen vorsieht, was die Gesellschaft alles machen kann. Letztendlich entscheidet der Gesellschafter und der Aufsichtsrat. Daher ist ein Rahmen, der Handlungsspielraum zulässt, als positiv anzusehen.

Frau Wehlan würde die vom Ausschuss für Wirtschaft empfohlenen Änderungen mitnehmen, um sie betriebswirtschaftlich und rechtlich prüfen zu lassen.

Herr von der Heide hat noch eine Anmerkung zum § 2, Punkt 2. Aus seiner Sicht sollten die Begriffe Biotechnologie und Biochemie um den Begriff „Gesundheitswirtschaft“ ergänzt werden. Der Begriff „Gesundheitswirtschaft“ beschreibt auch die Herstellung sowie Bereitstellung von medizinischen Produkten, wie z. B. Hüftgelenke, Prothesen. Er konkretisiert, dass bereits im Biotechnologiepark außerdem Firmen angesiedelt sind, die medizinische Produkte herstellen sowie als Zulieferer für bestimmte Chemikalien fungieren. Die tatsächliche Geschäftstätigkeit der SWFG gehe daher heute bereits über Biotechnologie und Biochemie hinaus. Dieser Markt ist dabei, sich weltweit zu entwickeln.

Frau Wehlan teilt mit, dass sie diesen Sachverhalt mitnimmt und eine Expertise einholen möchte.

Herr Nehues äußert sich, dass der erste Satz des Punktes 1 bekanntlich inhaltlich alles enthält.

Frau Wehlan erläutert, dass der zweite Punkt des § 2 eine Erweiterung des ersten Punktes darstellt.

Herr Trebschuh sieht die Erweiterung des Begriffes Gesundheitswirtschaft nicht kritisch und nicht auf die Stadt Luckenwalde bezogen.

Herr Dr. Kalinka schlussfolgert, dass keine Empfehlung für diesen Änderungsvorschlag vom Ausschuss für Wirtschaft abgegeben wird. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stellungnahme zur Klärung der Begriffe „zu errichten“ sowie „Gesundheitswirtschaft“ abzugeben. Er lässt über die o.g. KT-Vorlage mit der Zusatzaufgabe für die Verwaltung abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltung: 1

## Informationsvorlagen

### TOP 8

#### Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes in der Kreisstadt Luckenwalde

- 6-4783/22-IV

Herr Grosenick informiert, dass nicht absehbar ist, wann die Kfz-Zulassungsstelle in Luckenwalde wieder öffnet. Der Standort im Biotechnologiepark ist seit einigen Wochen geschlossen, weil es an geeignetem Personal fehlt und seit Monaten für die unbesetzten Stellen keine passenden Bewerber gefunden werden. Er kann momentan noch nicht sagen, ob am 1.1.2022 die Kfz-Zulassungsstelle in Luckenwalde wieder geöffnet sein wird. Eine Einarbeitung von guten, neuen Mitarbeitern dauert ca. zwei Monate, wenn sie schon bereits in der Materie stecken.

Herr Grosenick berichtet, dass im November 2020 die Mitarbeiter der Luckenwalder Zulassungsstelle vom Beelitzer Tor in den Biotechnologiepark gezogen sind. Der ehemalige Standort ist so marode, dass es den Bürgern und Mitarbeitern nicht zugemutet werden konnte, dort zu arbeiten. Jedoch reicht im Biotechnologiepark der vorhandene Platz nicht aus. Die Kapazitäten für den Publikumsverkehr in der Führerscheinstelle sind ausgereizt und auch in den kommenden Jahren müssen die Autofahrer ihre Führerscheine umtauschen.

Herr Grosenick teilt mit, dass am zweiten Standort des Landkreises in Zossen die Situation kaum besser ist. Er konkretisiert, dass in dem Gebäude - ein Leichtbau mit Glasfassade - die Arbeitsbedingungen nicht angemessen sind. Des Weiteren kommen steigende Mietkosten und schwierige Verhandlungen mit dem Vermieter hinzu. In den vergangenen zehn Jahren sind die Ausgaben für die Nutzung der fremden Objekte um 50 % gestiegen, teure neue IT-Infrastruktur noch nicht einberechnet. Die Kfz-Zulassungsstelle wird somit zum Zuschussgeschäft für den Landkreis, obwohl sie einer der Posten mit den höchsten Einnahmen in der gesamten Kreisverwaltung ist. Der Zuschuss beträgt in diesem Jahr eine halbe Million Euro. Er ergänzt, dass die Einnahmen aus Gebühren und Kostenersatz nicht mehr zur Finanzierung reichen.

Herr Grosenick erläutert, dass neben dem akuten Personalmangel die Verwaltung sich in den vergangenen Monaten mit einer langfristigen Lösung beschäftigt hat. Im Jahr 2014 wurde bereits in der Kreistagssitzung beschlossen, dass es nur noch im Landkreis eine Kfz-Zulassungsstelle geben wird. Daher steht jetzt fest, dass im Jahr 2026 die Kfz-Zulassungsstelle in Zossen geschlossen und ein Neubau bis zu diesem Zeitpunkt umgesetzt wird. Als geeigneter Standort für einen Neubau wird seitens des Fachamtes das Areal des Biotechnologieparks angesehen. Die Erreichbarkeit ist mit der Anschlussstelle B 101 Zapfholzweg aus dem Süden und Norden des Landkreises über das überörtliche Straßennetz sehr gut. Er merkt an, dass die Kosten sich für einen Neubau auf ca. 4,4 Millionen Euro belaufen.

Herr Grosenick stellt auch klar, dass die Städte und Gemeinden im Norden des Landkreises wenig begeistert über einen Neubau in der Kreisstadt Luckenwalde sind.

Frau Rocher informiert, dass es in ihrer Fraktion starke Bedenken gegen eine Zentralisierung in Luckenwalde gibt.

Frau Wehlan betont, dass ein Neubau im Norden des Landkreises für die Verwaltung nicht zur Debatte steht, da dafür auch keine Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Sie spricht sich für den längerfristigen Nutzen einer Immobilie aus, die neu gebaut wurde, als jahrelange horrenden Mietzahlungen begleichen zu müssen.

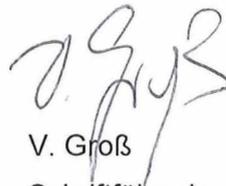
Herr Grosenick informiert über die Digitalisierung auf dem Portal „i-Kfz“, das schon seit April 2020 online ist. Auf diesem Portal können Privatpersonen ihr Auto an- und abmelden und erhalten alle nötigen Unterlagen digital bzw. auf dem Postweg. Das Online-Portal wird zwar zunehmend genutzt, insgesamt sei der Zuspruch aber noch verhalten. Er führt aus, dass derzeit der Bund das Portal „i-Kfz“ modernisiert, so dass künftig auch Autohäuser ihre Zulassungen online erledigen können.

Herr von der Heide findet das Angebot und der weitere Ausbau der Digitalisierung sehr gut.

Herr Trebschuh betont den Nutzen einer stabilen funktionierenden Kfz-Zulassungsstelle. Er gibt zur Kenntnis, dass ein massiver Stellenaufwuchs eine Alternative wäre. Er betont, dass eine Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes gebraucht wird und es keinen Zweck macht, ein gemietetes Objekt auf lange Zeit zu nutzen.



Dr. Gerhard Kalinka  
Der Vorsitzende



V. Groß  
Schriftführerin